

- Punkt 7.1 Reaktivierung Überwaldbahn; Erhöhung der Zuwendung aus Mitteln des EFRE; Zuwendungsbescheid der WI-Bank vom 15. Dezember 2011
Vorlage: 17-0348
- Punkt 7.2 Überwaldbahn;
hier: Eisenbahnbundesamt - Antrag auf Entwidmung des Flurstückes Nr. 409/24 in der Gemarkung Mörlenbach
Vorlage: 17-0392/2
- Punkt 8 Ausgestaltung des Schienenpersonennahverkehrs im Kreis Bergstraße - Ausschreibung Dieselnetz Südwest
- Information über Sachstand
- Punkt 9 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen
- Punkt 9.1 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Überregionaler und regionaler Schienenverkehr in der Region
- Punkt 9.2 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Ausbau der K11

Anwesende:

Ausschussvorsitzender:

Haag, Alfons CDU

Ausschussmitglieder:

Haag, Alfons	CDU	(siehe auch Ausschussvorsitzender)
Hoeppner, Oliver	CDU	(bis zeitweise TOP 8)
Jäger, Klaus	CDU	(ab zeitweise TOP 6)
Ringhof, Martin	CDU	
Roos, Heinz	SPD	
Siegl, Franz	SPD	
Wingerter, Sven	SPD	
Figaj, Thilo	GRÜNE	in Vertretung für Wolfram Fendler
Schäffer, Manfred	GRÜNE	in Vertretung für René Steffen Thoma
Vollmer, Thomas	FREIE WÄHLER	
Sürmann, Frank	FDP	

Fraktionsvertreter/in mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Bitsch, Peter	Bürgerunion
Dambier, Peter	PIRATEN

Fraktionsvorsitzende:

Schneider, Gottfried	CDU	(ab TOP 6)
Von Hunnius, Roland	FDP	(bis zeitweise TOP 7)

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias	CDU	Landrat
Schimpf, Matthias	GRÜNE	hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Gäste:

Rothenstein, Ralf
Eckhardt, Daniel

beide Hessen Mobil - Straßen- und Verkehrsmanagement Bensheim (zu den TOP 2 bis 4)

Verwaltung:

Medert, Martin
Bickelhaupt, Reinhold
Rößler, Reiner
Colin, Marc

Finanz- und Rechnungswesen
ÖPNV
Raumentwicklung, Landwirtschaft, Denkmalschutz
Bauaufsicht, Bauleitplanung

Schriftführer:

Fasser, Helmut

Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Ausschussvorsitzender Haag eröffnete um 17:00 Uhr die 17-004. Sitzung des Ausschusses des Kreistages Bergstraße für Regionalpolitik und Infrastruktur, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben. Die zu Beginn der Sitzung verteilte Vorlage 17-0392/2 wurde als neuer Punkt 7.2 in die Tagesordnung eingefügt. Abgeordneter Wingerter bat um in der Sitzung der Verkehrskommission am 2. Februar 2012 zugesagte Informationen zur Ausschreibung des Dieselnetzes Südwest (diese Informationen wurden unter dem neuen Punkt 8 gegeben).

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1:

**Berichts Antrag der SPD-Fraktion vom 20. Januar 2012 zum Thema "S-Bahn Rhein-Neckar"
Vorlage: 17-0371/1**

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur hat von der mit Vorlage 17-0371/1 erfolgten Beantwortung der Fragen des Berichtsantrages der SPD-Fraktion Kenntnis genommen.

Landrat Wilkes gab ergänzende Hinweise und beantwortete weitere Fragen. Das Betriebskonzept bleibe gegenüber der seitherigen Planung unverändert.

Punkt 2:

**Planfeststellungsverfahren gemäß § 17 ff. Bundesfernstraßengesetz (FStrG);
hier: Vierstreifiger Ausbau der B 47 zwischen der Anschlussstelle Bürstadt-Ost und der Anschlussstelle Lorsch
Vorlage: 17-0005/2**

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur hat von der Vorlage 17-0005/2 Kenntnis genommen.

Abgeordneter Sürmann machte auf die naturschutzfachlichen Bedenken und Forderungen im Hinblick auf ausreichende Querungsmöglichkeiten für Tiere aufmerksam.

Punkt 3: **Planfeststellungsverfahren gemäß § 17 ff. Bundesfernstraßengesetz (FStrG);
hier: sechsstreifiger Ausbau des Viernheimer Kreuzes auf den Bundesautobahnen 6 und 659 auf dem Hoheitsgebiet des Landes Hessen
Vorlage: 17-0252/1**

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur hat von der Vorlage 17-0252/1 Kenntnis genommen.

Punkt 4: **Planfeststellung gem. §§ 17 ff. Fernstraßengesetz (FStrG),
Neubau der OU-Rosengarten (Ortsumgehung) Bundesstraße 47 (B47); Anhörungsverfahren gemäß § 17a FStrG
i.V.m. § 73 Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz
hier: Information über die Erwiderng und Erörterungstermin des Regierungspräsidiums
Vorlage: 17-0384**

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur hat von der Vorlage 17-0384 Kenntnis genommen.

Landrat Wilkes machte darauf aufmerksam, dass die Verwaltung beim Erörterungstermin im Dezember letzten Jahres entsprechend der Beschlusslage des Kreisausschusses von 2010 argumentiert habe und die vorgetragene Aspekte in der Informationsvorlage wiedergegeben seien. In der Tat stelle sich angesichts des in Rede stehenden großen Flächenverbrauchs die Frage nach der Notwendigkeit einer großen Südumgehung bzw. von Möglichkeiten für andere Lösungen.

Punkt 5: **Aufstellung des Regionalplans Südhessen und des Regionalen Flächennutzungsplans für den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (RPS Entwurf 2009)
hier: Beantwortung der Stellungnahme des Kreises Bergstraße zur Offenlage 2009
Vorlage: 17-0385**

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur hat von der Vorlage 17-0385 Kenntnis genommen.

Punkt 6: **Entwurf des Einheitlichen Regionalplans Verband Region Rhein-Neckar; hier: Regionalbedeutsame Windenergienutzung auf der Ebene der Regionalplanung
- Vorstellung des 3 D-Landschaftsmodells für den Kreis Bergstraße - Stand Januar 2012**

Landrat Wilkes gab einleitend einige Hinweise auf die im Verlauf dieses Jahres im Rahmen der Regionalplanungen des Verbandes Region Rhein-Neckar und der Planungsregion Südhessen zu treffende Festlegung von Flächen für Windenergienutzung.

Zu beachten seien dabei unterschiedliche und gegebenenfalls überlappende landespezifische Vorgaben, die entweder eine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner oder aber ein Verfahren nach jeweiligem Landesrecht erforderten, nicht zuletzt aber auch Fragen und Überlegungen aus Sicht des UNESCO-Geoparks Bergstraße-Odenwald und des Verbandes Deutscher Naturparke als Interessenwahrer von Naherholung, Naturschutz, Landschaftsschutz und Vogelschutz. Es mache wohl wenig Sinn, massiv in touristische Infrastruktur, wie Wanderwege, Gastronomie, Erholungseinrichtungen usw. zu investieren und dann massive und mannigfaltige Einwirkungen durch Industrieanlagen herbeizuführen. Das Erstplanungsrecht für den Kreis Bergstraße liege beim Verband Region Rhein-Neckar, die abschließende Beschlussfassung im Rahmen der Regionalplanung Südhessen bei der Regionalversammlung Südhessen in Darmstadt. Deshalb sollte sinnvollerweise für das Gebiet des Kreises Bergstraße von Anbeginn an hessisches Recht zugrunde gelegt werden. Der Ausweisung von Vorranggebieten mit Ausschlusswirkung komme insofern eine besondere Bedeutung zu, um "Goldgräberstimmung" und Wildwuchs beim Bau von Windkraftanlagen zu vermeiden.

Von breiten Mehrheiten getragene Entscheidungen seien vonnöten, um die kontroversen Diskussionen vor Ort zu befrieden, weshalb die Verwaltung beauftragt worden sei, mit einer dreidimensionalen Visualisierung der vorgeschlagenen Standorte für Windenergieanlagen eine aussagekräftige Entscheidungshilfe vorzubereiten.

Herr Rößler beschrieb sodann das Projekt der 3-D-Visualisierung 'Geländemodell und Landschaftsmodell Windenergienutzung Kreis Bergstraße' mit Darstellung der vom Verband Region Rhein-Neckar im Entwurf des Einheitlichen Regionalplans vom August 2011 mit Ergänzung vom Januar 2012 vorgesehenen Vorrangflächen für regional bedeutsame Windenergienutzung. Parallel dazu befindet sich in Hessen der sachliche Teilplan Windenergienutzung RPS 2010 im Aufstellungsverfahren.

In der auf der Grundlage der im "Bürger GIS" des Kreises vorhandenen Geobasisdaten erfolgenden dreidimensionalen Visualisierung der Landschaftskulissen des Kreises könne die Sichtbeziehung zu den vorgesehenen acht Vorrangflächen im Kreis - mit Projektion der rd. 200 m hohen Windenergieanlagen - von den verschiedensten Standorten aus (z.B. landschaftsbezogen oder von kulturhistorischen Anlagen) dargestellt werden.

Die Visualisierung stoße schon jetzt auf sehr großes Interesse und es werde in der Verwaltung konkret überlegt, wie die 3-D-Animationen der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden könne.

Pro Windkraftanlage von 200 m Höhe mit einer Leistung von 3,5 Megawatt werde eine Fläche von 10 Hektar für erforderlich gehalten. Der Mindestabstand zur nächsten Bebauung betrage in Hessen 1.000 m (in Baden-Württemberg 750 m). Die Standortauswahl sei unter Beachtung von Abstandsflächen und der Windhöflichkeit erfolgt.

Die Visualisierung wurde alsdann von den Vertretern der Verwaltung vorgestellt.

Die von Vorsitzendem Haag angesprochene Errichtung einer Windkraftanlage des ZAKB auf der stillgelegten Mülldeponie in Lampertheim-Hüttenfeld als weiterem möglichen Standort im Kreis erachtete Landrat Wilkes als problematisch. Gegen eine solche Anlage spreche sowohl die vom Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald geforderte Einhaltung des Bündelungsgebots für Windkraftanlagen als auch die Tatsache, dass das Deponiegelände nur für eine Anlage ausreichend groß sei. Darüber hinaus wäre zu klären, ob der Müllberg von seiner "Statik" her überhaupt für die Errichtung einer Windkraftanlage geeignet wäre. Sowohl aus Mannheim als auch Darmstadt liege von den für die Regionalplanung zuständigen Stellen kein Vorschlag für den Deponiestandort vor.

Punkt 9.2:

**Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Ausbau der K11**

Fragen von Abgeordnetem Dambier zur Ausbaubreite der Kreisstraße 11 auf freier Strecke und in der Ortsdurchfahrt Ober-Liebersbach wurden von Herrn Medert beantwortet.

Die Sitzung wurde um 18:50 Uhr durch den Vorsitzenden geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

Vorsitzender:

gez. Haag

Schriftführer:

gez. Fasser